

Löwenzahn

Die Linke

Mitteilungsblatt der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat



Für 29 Euro durchs ganze Land!

Franziska Riekewald
Sprecherin für Mobilität

Im Frühjahr 2023 hat Die Linke im Stadtrat mit einem Antrag die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und die Stadt aufgefordert, über die Erweiterung des Sozialtickets zu verhandeln.

Ziel war es, die LeipzigPassMobilCard künftig zum Deutschlandticket umzuwandeln, welches bundesweit gültig ist. Nun liegt das Verhandlungsergebnis vor: Ganz nach dem Motto „links wirkt“ wird die LeipzigPassMobilCard ab Januar 2024 zum Deutschlandticket. Zum Preis von 29 Euro können dann alle LeipzigPass-Inhaber das Ticket kaufen und nutzen. Dieser Verhandlungserfolg ist das richtige Zeichen für die Leipzigerinnen und Leipziger. Gerade in Zeiten steigender Preise entlastet es diejenigen, die ohnehin mit wenig auskommen müssen.

Als LINKE freuen wir uns sehr, dass sich die Stadt Leipzig und die LVB über die Finanzierung geeinigt haben, denn die Bundesregierung hat die Einführung eines Sozialtarifes schlichtweg vergessen. Hier springt jetzt die Stadt Leipzig ein. Wir hoffen, dass das Angebot rege genutzt wird. Als nächsten Schritt werden wir uns für eine Entlastung für alle Familien mit Kindern einsetzen, denn auch diese hat die Bundesregierung bei der Einführung des Deutschlandtickets hängenlassen. Es wird Zeit, dass endlich eine entsprechende Fahrkarte mit Kinderpreisen eingeführt wird.

Nicht zuletzt ist das Deutschlandticket ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Verkehrswende. Anders als die Ampel-Regierung kämpfen wir als LINKE dafür, dass auf diesem Weg niemand vergessen wird. ■

Endlich ohne Termin ins Bürgerbüro!

Marianne Küng-Vildebrand
Sprecherin für Wirtschaft

Einen Termin bei den städtischen Bürgerbüros zu ergattern – zum Beispiel, um einen neuen Reisepass zu beantragen – war seit Ende der Coronakrise ein Ding der Unmöglichkeit. Die Servicebüros waren auf Wochen ausgebucht, wenige neu freigeschaltete Termine innerhalb von Minuten vergriffen. Zumal die Buchungsausschließlich digital erfolgten. Auch eine



Vereinbarung über das Bürgertelefon war aussichtslos. Dies führte zu unhaltbaren Zuständen und wochenlangen Wartezeiten – ohne Aussicht auf einen Termin.

Nicht nur viele ältere Menschen, sondern auch Personen mit Beeinträchtigungen waren mehr oder weniger ausgeschlossen vom digitalen Buchungssystem. Ganz abgesehen davon, dass es für den Zugang entsprechender digitaler

Technik bedarf, die sich nicht alle Menschen leisten können. Nach zahlreichen Vorstößen unserer Fraktion bei der Verwaltung in den Ausschüssen, einer Anfrage in der Ratsversammlung und schlussendlich einem Antrag im Stadtrat im Oktober, erhöhten wir den Druck auf die Stadtverwaltung. Die Bürgerservicebüros spielen in der Wahrnehmung der Stadtverwaltung durch die Bürgerinnen und Bürger eine herausgehobene Rolle, sie sind ihre „Visitenkarte“. Guter Service, Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe werden durch eine gute Erreichbarkeit der Verwaltung umgesetzt.

Unser Drängen hat sich ausgezahlt! Ab November sind nun wieder alle Bürgerbüros ganztags und terminfrei zugänglich. Damit wurden Hürden in der Terminvergabe endlich abgebaut und der Besuch für die Bürgerinnen und Bürger wieder planbar. Was für eine Erleichterung! ■

Grünau – ein lebendiger Stadtteil

Sören Pellmann
Fraktionsvorsitzender

Grünau ist ein lebendiger Stadtteil mit vielen Facetten: nahe am Erholungsgebiet um den Kulkwitzer See gelegen sowie mit einer guten Infrastruktur ausgestattet. Das Viertel bietet gerade Kindern und Jugendlichen umfangreiche Möglichkeiten für die Gestaltung von Lernen und Freizeit. Eine breite Schul- und Kitalandschaft, Sportanlagen, Offene Treffs und Sozio-kulturelle Zentren stehen für verschiedene Aktivitäten zur Verfügung.

Eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat hat allerdings auch ergeben, dass gleichzeitig erhebliche Problemlagen bestehen. Insbesondere sind in diesem Stadtteil überdurchschnittlich viele Menschen auf Sozialleistungen angewiesen. Dieser hohe Armutsanteil führt nachweislich zu sehr ungleichen Bildungschancen. Überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche brechen die Schule ab oder verlassen diese ohne Schulabschluss. Nicht nur deshalb wurde der Planungsraum Grünau in der Integrierten Kinder- und Jugendhilfeplanung der Stadt als Schwerpunktraum aufgeführt.

In allen abgefragten Bereichen der Anfrage (Schulabstinz, Schulabbruch, Schulvermeidung, Schuleingangsuntersuchungen, Inobhuthnahmen, Hilfe zur Erziehung) liegt der Stadtbezirk Grünau deutlich schlechter als der städtische Durchschnitt. Aus Sicht unserer Fraktion braucht Grünau dringend zusätzliche Maßnahmen im Rahmen einer Präventionsstrategie für Kinder und Jugendliche, die deutlich über die Planung der Stadt hinausgehen. Wir haben zur Stärkung des Stadtteils den Antrag „Rückenwind für Grünau“ eingebracht. Die Förderung von Bildungsgerechtigkeit muss in sozial benachteiligten Planungsräumen bereits in der Krippe beginnen, da die Fähigkeit zur Kompensation von Bildungsbenachteiligung mit zunehmendem Lebensalter deutlich abnimmt.

Die Kitas sind angehalten, in besonderem Maße Entwicklungs- und Bildungsrisiken von Kindern infolge sozialer Ungleichheit und Benachteiligung zu begegnen. Die Stadtverwaltung Leipzig ist aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, um einen Mehrbelastungsindex für die Grünauer Kitas zu entwickeln. ■



Sozialer Arbeitsmarkt in der Nähe der Todeszone

Dr. Volker Külow
Sprecher für Soziales

In letzter Zeit hat die Linksfraktion im Stadtrat wiederholt kritische Fragen zum Sozialen Arbeitsmarkt gestellt. Wir taten das deshalb, weil nach der Kürzung um 60 Prozent im Jahr 2023 gegenüber 2022 für das Jahr 2024 eine weitere Halbierung droht und dieser Bereich damit in die Nähe der Todeszone rückt. Es sind hauptsächlich die Kürzungen der Ampel-Regierung in ihrem Kriegshaushalt, die zu dieser dramatischen Entwicklung führen.



Betrugen die Eingliederungsmittel des Jobcenters Leipzig im Jahr 2022 noch 55 Millionen Euro, sanken sie 2023 auf 50 Millionen Euro und werden 2024 voraussichtlich weniger als 42 Millionen Euro betragen. Mit dieser massiven Kürzung wird es in Leipzig immer weniger

arbeitsmarktpolitische Projekte bei einer gleichbleibend hohen Langzeitarbeitslosigkeit geben: Allein die Plätze in AGH-Maßnahmen (sogenannte Ein-Euro-Jobs) schrumpfen von 1.273 in 2022 auf 350 im nächsten Jahr.

Die Kommune als Trägerin des Jobcenters reagiert bislang mit strategischer Hilflosigkeit. Nur dem Druck aus dem Stadtrat war es zu verdanken, dass ein Minimum an Projekten gerettet werden konnte. Die Linksfraktion nimmt die drohenden Kürzungen nicht kampflos hin und fordert den Oberbürgermeister sowie zuständigen Wirtschaftsbürgermeister auf, aktiv die Interessen der Stadt gegenüber dem Jobcenter Leipzig zu vertreten. Darüber hinaus werden wir insbesondere die Absicherung der Stellen für Schulbibliotheken und andere gemeinwohlsichernde Einrichtungen in den Blick nehmen und für deren Erhalt kämpfen. ■

Leipziger Linke ackert für gute Landwirtschaft!

Michael Neuhaus
Sprecher für Umwelt

Die Landwirtschaft ist ein lebenswichtiger Wirtschaftszweig. So, wie Lebensmittel aktuell produziert werden, kann es nicht weitergehen: Die Landwirte sind gezwungen, Lebensmittel so billig zu produzieren, dass sie kaum ihre Kosten decken können. Darunter leiden nicht nur Landwirte, sondern auch die Ökosysteme.

Viele Menschen schauen mit Sorge auf die Lebensmittelpreise. Der Kauf von regional und nachhaltig produzierten Lebensmitteln würde für sie Verzicht an anderer Stelle bedeuten. Die Gewinner sind die Lebensmitteldiscounter.

Anfang 2020 beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption Landwirtschaft. Im Oktober dieses Jahres wurde mit dem Vergabekonzept für die stadtteiligen Landwirtschaftsflächen endlich der erste Teil der Gesamtkonzeption auf den Weg gebracht. Immerhin verfügt die Stadt über 1800 Hektar Acker. Eine Fläche kann künftig pachten, wer anhand eines Kriterienkatalogs die meisten Punkte erhält. Gemeinsam mit SPD und Grünen haben wir mehrere Seiten Änderungsanträge eingereicht, um diesen Katalog ökologischer und sozialer zu gestalten.



Jetzt gilt es den Blick nach vorne zu richten. Als nächstes ist ein Teilkonzept für die Stärkung regionaler Wertschöpfung geplant, damit die regionalen, nachhaltigen und gesunden Lebensmittel auch ihren Weg zu den Leipzigerinnen und Leipzigern finden und für alle bezahlbar werden.

Unser Ziel als LINKE ist klar: Wir wollen, dass die Landwirte von ihrer Arbeit leben können, dass die Natur nicht vor die Hunde geht und dass gesunde Lebensmittel nicht länger eine Frage des Geldbeutels sind. ■

Zukunft der Alten Messe: Ist das kluge Ansiedlungspolitik?



Dr. Olga Naumov
Sprecherin für Wissenschaft und Digitales

1913 begann die Geschichte des Alten Messengeländes in Leipzig. Zweimal jährlich traf sich die Welt zu den Frühjahrs- und Herbstmessen.

Heute ist die „Alte Messe“ eine Mischung aus traditionsreichen Messehallen und unbebauten Freiflächen mit Entwicklungspotenzial. Aufgrund der zentralen Lage beschloss man 2014, den Standort für den Wissens- und Technologietransfer zu entwickeln und demzufolge Flächen für die Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Bio- und Medizintechnologie zu sichern. Dieses Ziel wurde 2014 im INSEK 2030 festgehalten und in den Eigentümerzielen des Liegenschaftsverwalters LEVG der Alten Messe festgelegt.

Seitdem konnte die Stadt erfolgreich die Bio City Leipzig aufbauen und das Fraunhofer Institut zur Zelltherapie und Immunologie ansiedeln. Es wurden mehr als 5.000 Arbeitsplätze geschaffen – allerdings nur 2.000 im Bereich Life Sciences. Der Rest verteilt sich auf Möbelhäuser, einen Baumarkt usw.

Mit Blick auf den nach wie vor schwachen Wirtschaftsstandort Leipzig ist der Ansiedlung von Einkaufshäusern anstelle von Forschungseinrichtungen auf einem Filetstück höchst fraglich und zeugt von fehlender Wirtschaftsstrategie.

Als Fraktion haben wir bei der Stadt nachgefragt: Ist das ambitionierte Ziel, die Flächen für die Life Sciences zu entwickeln, noch haltbar? Leider nur mit großer Anstrengung: Die Flächen sind nur noch in begrenztem Umfang verfügbar und zum Teil mit Denkmalschutz belegt, sodass die Entwicklung der verbliebenen Flächen und Hallen sich als unwirtschaftlich darstellt. Deshalb fordern wir in einem Antrag von der Stadt Leipzig, weitere Flächen für Life Sciences zu reservieren und die Neuansiedlungen in die Hände eines erfahrenen, branchenspezifischen Standortvermarkters zu legen – denn scheinbar liegt der Fokus bei der Standortvermarktung der Alten Messe noch nicht auf der nachhaltigen Stadtentwicklung. ■

Wir können nicht mehr!



Beate Ehms
Sprecherin für Gleichstellung

Die alarmierenden Warnrufe erschallen immer öfter. Ob Kundgebung auf dem Burgplatz, Sicherheitskonferenz des Kommunalen Präventionsrates und Fachtag zu häuslicher Gewalt, ob öffentliche Aufrufe oder persönliche Briefe: Seit Monaten erreichen uns die dringenden Hilferufe der Gewaltschutzstrukturen hier in Leipzig. Es fehlt an allem. Die Sofortaufnahme, an neuem Ort, braucht Möbel, Drucker, Hygieneprodukte. Und vor allem brauchen alle Stellen mehr Personal. In Leipzig hat es im Vergleich zu 2021 innerhalb eines Jahres einen Anstieg von 20 Prozent an registrierten häuslichen Gewalttaten gegeben. Wir wissen, dass die Dunkelziffer deutlich höher ist.

Dazu hat die Linksfraktion zusammen mit der Fraktion B90/Die Grünen im September einen Antrag eingereicht: Ziel ist nicht mehr und nicht weniger als die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Leipzig. Wir fordern, den Gewaltschutz bedarfsgerecht auszubauen und die aktive Prävention von Femiziden zu stärken. Hierzu müssen die personellen und räumlichen Kapazitäten der Beratungsstelle KIS deutlich erweitert werden. Das Gleiche gilt für die Zentrale Sofortaufnahme der Frauen*- und Kinderschutzeinrichtungen. Es muss künftig sichergestellt sein, dass es in der Tagesschicht eine Doppelbesetzung in der Sozialarbeit gibt. Auch eine Erzieherin mehr bei der Betreuung der Kinder wird unbedingt benötigt, denn auch die Kinder haben viel Leid (mit-)erlebt und brauchen geschulte Unterstützung. Selbstverständlich erwarten wir vom Oberbürgermeister auch, dass er sich auf Landes- und Bundesebene für die Belange des Gewaltschutzes einsetzt. ■

Mandy Gehrt
Sprecherin für Kultur

Im Oktober beschloss der Stadtrat, dass bis Ende 2024 ein Atelierprogramm zum Erhalt und zur Schaffung von Atelierräumen in Leipzig erarbeitet wird. Unsere Fraktion hatte schon 2017 darauf aufmerksam gemacht, dass die Nachfrage die Angebote an bezahlbaren Räumen übersteigt und ein Prozess der Verdrängung von Künstler:innen aus dem innenstadtnahen Raum an die Stadtränder zu beobachten ist. Die Lage hat sich weiter verschärft: Zum Jahresende 2023 wurden zahlreiche Ateliers in der Erich-Zeigner-Allee gekündigt, bei jeder Neuvermietung kletterten die Preise nach oben. Mit dem aktuellen Beschluss ist die Stadt aufgefordert, ein Programm mit unterschiedlichen Maßnahmen zu erarbeiten, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Die Handlungsansätze reichen von der Sicherung bestehender Ateliers in privaten

Endlich ein Atelierprogramm für Leipzig!



Objekten, der Schaffung neuer Ateliers in kommunalen Gebäuden, bei städtischen Gesellschaften und in privaten Immobilien über die Kooperation mit gemeinwohlorientierten Trägern oder einer räumlichen Koexistenz von künstlerischen und sozialen Nutzer:innen bis hin zu Bauauflagen bei Neubauvorhaben.

Leipzig hat noch geeignete städtische Immobilien. Wir haben deshalb der Verwaltung eine Liste mit konkreten Objekten vorgeschlagen, die jetzt schon geprüft und künftig für Atelierräume nutzbar gemacht werden können. Dazu zählt der Kohlraabzirkus, das Schloss im Robert-Koch-Park, eine ehemalige Kita und die Alte Post in Grünau. Natürlich gibt es weitere Objekte und Maßnahmen, an deren Entwicklung und Umsetzung wir gemeinsam mit Akteur:innen, Künstler:innen und der Verwaltung arbeiten werden, denn: Wir wollen Künstler:innen in der Kulturstadt Leipzig halten! ■



Kita: Jetzt ist die Zeit für Qualität!



William Rambow
Sprecher für Kinder und Jugend

Bauen, bauen, bauen! Das war über Jahre die Devise, wenn es um Kitas in Leipzig ging. Schön also, dass wir inzwischen einen Zustand haben, dass sich Eltern einen Kitaplatz tatsächlich aussuchen können und nicht darum betteln müssen. Was nun? Ausruhen ist nicht angesagt.

Auf die Bauoffensive muss nun eine Qualitätsoffensive folgen. Sie ist nötig, damit Kitas – statt bloße Verwahranstalten zu sein – ihrem Anspruch als Bildungseinrichtung gerecht werden. Allem vorangestellt braucht es einen besseren Betreuungsschlüssel. Hier ist besonders die Landesebene gefragt.

Die Stadt Leipzig kann die stagnierende Nachfrage nach Kita-Plätzen aber auch als Chance begreifen: Indem Sie bei sinkenden Kinder-Zahlen die Zahl der Erzieher:innen stabil hält, kann sie den Fachkräften ermöglichen, sich intensiver um die Kinder zu kümmern.

Ein verringerter Betreuungsschlüssel ist auch nötig, um dem grassierenden Fachkräftemangel zu begegnen. Attraktiv kann die Arbeit in der Kita nur sein, wenn dabei die tatsächliche pädagogische Arbeit im Vordergrund stehen kann.

Daneben müssen Unterstützungsangebote in Kita ausgebaut werden: Sprach-Förderung, Kita-Sozialarbeit, Familienhilfe... Zudem müssen wir die Konzepte in den Blick nehmen. Insbesondere der kommunale Träger ist am Zug, innovative Angebote in seinen Kitas zu schaffen, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Als Fraktion Die Linke im Stadtrat gehen wir all diese Aspekte mit Anträgen und Ideen an. ■

Staatlich gefördertes Azubi-Wohnen für Leipzig!

Juliane Nagel
Sprecherin für Kinder, Jugend und Migration

Auch die wachsende Gruppe der Auszubildenden ist in Leipzig vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum betroffen. Eine Unterstützung durch staatliche Förderung – vergleichbar mit den Studentenwerken, die Studierendenwohnheime betreiben – fehlt allerdings. Der Bund hat mit dem Programm „Junges Wohnen“ unlängst eine Möglichkeit der Förderung des studentischen Wohnens und des Wohnens für Auszubildende geschaffen.



Bisher verwendet das Land Sachsen die Mittel im Volumen von 32,38 Millionen Euro ausschließlich für den Wohnraumbedarf von Studierenden. Das ist richtig und wichtig – als LINKE wollen wir aber, dass auch Auszubildende profitieren. Wir schlagen darum mit einem Antrag vor, ein Modellprojekt für ein Kommunales Wohnheim für Auszubildende zu schaffen.

Wenn Leipzig von den steigenden Schulabgänger:innenzahlen für den lokalen und regionalen Arbeitsmarkt profitieren will, müssen bessere Bedingungen geschaffen werden. Vor allem Auszubildende aus nicht finanzkräftigen Familien und bisher nicht in Leipzig und Umgebung wohnhafte potenzielle Auszubildende benötigen Unterstützung.

Mit einem städtisch initiierten Azubiwohnheim, beispielsweise nach Vorbild der Stadt München, wollen wir ein Modell- und Leuchtturmprojekt schaffen, das der schwierigen Lage von Azubis auf dem Wohnungsmarkt Rechnung trägt. Dies ist auch aufgrund des Fachkräftemangels geboten. Für den Betrieb des Wohnheims soll ein solidarisches Finanzierungsmodell verschiedener Akteur:innen entwickelt werden, in das dringend auch hiesige Unternehmen einzubeziehen sind. Sie profitieren schließlich davon, dass sich junge Menschen für eine Ausbildung entscheiden. ■

Jugendtreff-Schließung? Nicht mit uns!

Dr. Adam Bednarsky
und **Steffen Wehmann**



Die geplanten Schließungen von Jugendtreffs sind insbesondere nach den gesellschaftlichen Belastungen der Corona-Zeit und der wachsenden sozialen Schieflage, unter anderem durch die stark gestiegenen Preise, eine schlechte Idee, zumindest, wenn es nach der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat geht. Gerade jetzt ist es notwendig, dass diese vor allem in den sozial schwächeren Ortsteilen erhalten bleiben. Oft ist es aus finanziellen Gründen für die Kinder und Jugendlichen die einzige Anlaufstelle außerhalb der Schule und des Elternhauses, um sich auch kreativ betätigen zu können.

Deshalb haben wir in den letzten Monaten Mehrheiten für unseren Antrag „Freiräume für

junge Menschen sichern!“ gesucht und gefunden bzw. im Vorfeld der Entscheidung die Jugendtreffs in Thekla und Grünau gerettet. Jetzt gibt es eine gute Perspektive, den bereits geschlossenen Jugendtreff in Böhlitz-Ehrenberg und die KiJuWe im Herzen von Connewitz fortzuführen – gegebenenfalls auch mit einem geänderten Konzept.

Wir müssen feststellen, dass die Kommunikation im Förderverfahren für die Kinder- und Jugendarbeit für viele Beteiligte unbefriedigend war. Die Träger der von Schließung betroffenen Einrichtungen wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Für die Zukunft fordern wir als Linksfraktion in diesem Bereich mehr Fairness und Transparenz. Wir halten es für essenziell, gerade in Zeiten von Krisen, Konflikten und sozialen Verwerfungen, Angebote für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt zu erhalten und auszubauen. ■



Kosten der Unterkunft neu aufstellen



Matthias Weber
Sprecher für Wohnen
und Stadtentwicklung

Mit den Kosten der Unterkunft (KdU) ist es wie mit dem Sprichwort „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“. Das trifft insbesondere auf die Angebotsmieten zu. Ist ein Umzug erforderlich, braucht es mehr als das Quäntchen Glück, um den Mietvertrag der neuen Wohnung inklusive der Zustimmung des Jobcenters unterschreiben zu können. Sieht man von der unnötigen Hürde ab, für jedes Exposé das Jobcenter um Erlaubnis zu fragen, stellt die Herausforderung, eine geeignete Wohnung im Rahmen der KdU zu finden, die sprichwörtliche Suche der Stecknadel im Heuhaufen dar.

Hartz IV alias Bürgergeld funktioniert nicht in angespannten Wohnungsmärkten

Dass es so nicht weitergehen kann, hat die Linksfraktion schon lange erkannt. Leider ist es dem Stadtrat verwaltungsrechtlich nicht erlaubt, direkt auf die Richtwerte der Kosten der Unterkunft Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund haben wir 2021 im Stadtrat auf einen Beschluss hingewirkt, dass die Berechnungsgrundlage der KdU gutachterlich überprüft werden muss. Leider hat es die Stadtverwaltung bisher versäumt, so weit an dem Thema zu arbeiten, dass dem Stadtrat Ergebnisse vorgelegt werden können. Aufgrund der hiesigen Niedriglohnsituation sind im Bundesvergleich relativ viele Haushalte in Leipzig von der schlechten Sozialpolitik in Berlin betroffen. Für die Linksfraktion im Stadtrat ist das nicht hinnehmbar – wir beharren auf das Gutachten zu den Kosten der Unterkunft. Sollten sich daraus weitere Ansätze für eine Verbesserung der Situation von Leistungsempfänger:innen ergeben, so werden wir als Fraktion diese konsequent verfolgen. ■

Marco Götze
Sprecher für Schule

Leipzig hat enorme Herausforderungen im Schulbau zu bewältigen. Die Verfahren um Bedarfe, Planungen, Bau und Finanzierung begleitet die Linksfraktion aktiv, konstruktiv und zugleich – wo es Not tut – kritisch. Zur Schullandschaft gehört, dass Schulen einen Namen tragen sollen. Leider ist in den letzten Jahren, neben vielen guten Benennungen, auch die Tendenz sichtbar geworden, dass traditionell verankerte Namen des linken Widerstandskampfes gegen das Dritte Reich im Zuge von Veränderungen von Schulstrukturen wie Schulumzügen und Neubauten mehr und mehr aus den Schulnamen verschwinden. Namen mutiger Menschen – einige davon Leipziger, die für ihren Widerstand sogar mit dem Leben bezahlten – werden abgelegt, wie der Georg Schumanns. Sie sind nur noch Teil des Namenspools für mögliche Benennungen und ihrer wird allenfalls noch randständig gedacht.

Schulnamen des Widerstandes erhalten

Auch wenn umziehende Schulen nachvollziehbare Gründe für eine Neubenennung haben – die Tendenz kann für die Gesamtstadt nicht gut sein. Die Namen Hans und Hilde Coppi, Arthur Hoffmann und Georg Schumann, die für ein unbeugsames Gewissen stehen, waren über viele Jahre akzeptierte Schulnamen. Wir haben uns stets dafür eingesetzt, sie gerade in unserer Zeit zu würdigen. Der Widerstand gegen das Naziregime war politisch vielfältig. Auch wenn er in der Vergangenheit eingeengt betrachtet wurde, soll darauf nicht umgekehrt die schlechende Tilgung der Erinnerung an den linken Widerstand folgen, dessen Namen Schulen gewiss zur Ehre gereichen würden. ■



Geplante Investitionen der Stadt Leipzig endlich beschleunigen

Steffen Wehmann
Sprecher für Finanzen

Die Stadt Leipzig verzeichnet einen traurigen Rekord: Noch nie wurde ein so hohes Investitionsvolumen wie im Jahr 2022 nicht umgesetzt. Fast eine halbe Milliarde Euro (475,6 Millionen Euro) steht auf der Negativseite die sich aus Projekten von 2022 und der Vorjahre zusammensetzt.

Ein Dilemma, das die Fraktion Die Linke seit zehn Jahren kritisch begleitet. Zwar stiegen die geplanten jährlichen Investitionen von 193,0 (2013) auf 295,8 Millionen Euro (2022) – ein Plus von 53 Prozent. Allerdings wuchs das Volumen nicht umgesetzter Investitionen im Vergleichszeitraum um 341,1 Millionen Euro, das bedeutet einen Zuwachs von 254 Prozent!



Die Folgen: verspätete Fertigstellungen, Investitionsverschiebungen von Schulen, Kitas, öffentlicher Infrastruktur wie die Sanierung von Straßen und Brücken, Fußwegen und Fahrradwegen und auch gemeinsamer Bauvorhaben der Leipziger Verkehrsbetriebe mit der Stadt.

Ein Aspekt darf hier nicht vergessen werden: Bei Baupreissteigerungen in den letzten Jahren von mehr als zehn Prozent pro Jahr erhöhen sich auch die finanziellen Ausgaben der „verspäteten“ Projekte. Nur für die nicht umgesetzten Maßnahmen in 2022 bedeutet dies Mehrkosten von mindestens 50 Millionen Euro allein im Folgejahr. Dies sind mehr Mittel, als das Verkehrs- und Tiefbauamt der Stadt für den Bau bzw. die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in diesem Jahr insgesamt ausgeben wird.

Daher ist die Verwaltungsspitze dringend aufgefordert, endlich die strukturellen Voraussetzungen sowie die personellen Einstellungen umzusetzen und vorzunehmen, damit sich die Probleme um die investive Umsetzung der geplanten Projekte nicht noch weiter verschärfen. Dies ist umso dringender, da die Haushaltslage der Stadt in den nächsten Jahren auch mit den zusätzlichen Aufgaben – u.a. der „Kommunalen Wärmeplanung“ – kaum besser werden dürfte. ■

1,5 Millionen Euro mehr Investitionen für den Sport

Oliver Gebhardt
Sprecher für Ordnung

Jahr für Jahr schauten die Leipziger Sportvereine bei der Investitionsförderung des Freistaates in die Röhre. Nur wenige Vereine hatten das Glück, in der Fördermittellotterie Sachsen ein paar Euro abzugreifen. Dadurch reichten die kommunalen Mittel für Investitionen bisher aus. Bei Großmaßnahmen konnten geförderte Vereine sich darauf verlassen, dass der Freistaat und die Stadt Leipzig jeweils ein Drittel der beantragten Summe bereitstellen.

Just vor der anstehenden Landtagswahl 2024 wurden die Leipziger Sportvereine im Kalenderjahr 2023 überdurchschnittlich häufig mit Fördermitteln für ihre beantragten Projekte ausgestattet. Die Folge: Die Gelder in der Investitionsförderung der Stadt sind aufgebraucht. Ohne die fehlenden 1,5 Millionen Euro der Kommune ist es den ehrenamtlich geführten Vereinen jedoch faktisch unmöglich, ihre Vorhaben umzusetzen. Der Antrag der LINKEN und der SPD wird den Stadtrat nun vor die Wahl stellen: Stocken wir unser Investitionsbudget um die fehlende Summe auf und fördern die Leipziger Sportlandschaft und das Ehrenamt oder verhindern wir Investitionen der Vereine?

Angesichts des enormen Modernisierungsbedarfes wäre Letzteres fahrlässig. Alle Fraktionen predigen regelmäßig, wie wichtig der Sport sei und welche gesellschaftliche Verantwortung er doch trage: Inklusion, Integration, Teilhabe und Co. werden von Politiker:innen gern ins Wort gehoben. Wer diese Worte ernst meint, wird um unseren Antrag für mehr Investitionsmittel für den Sport nicht herumkommen. Der Ball über diese Entscheidung liegt nun beim Stadtrat. ■



Spenden

Wir denken: Solidarität muss praktisch werden!
Daher geben Mitglieder der Fraktion jeden Monat einen Teil ihrer Aufwandsentschädigung in einen Spendenfonds, aus dem unkompliziert soziale Projekte unterstützt werden können.

In 2023 aus dem Fonds überwiesene Mittel:

- **Hilfsverein Nächstenliebe** 200,- Euro
- **Heyva Sor a Kurdistane e.V. für die Opfer der Erdbeben** 1000,- Euro
- **Spende zur Unterstützung des Feministischen Streiks am 8. März** 200,- Euro
- **Elternhilfe für krebskranke Kinder e.V.** 100,- Euro
- **Projekt Lenes Tauscho** 100,- Euro
- **Spende für einen Theaterbesuch für ukrainische Kinder** 100,- Euro
- **Ev. Luth. Kirchebezirk für Aktion Federmappe** 200,- Euro
- **St. Georg Leipzig Haus Schönefeld** 250,- Euro
- **DRK Akademischer Kreisverband e.V. Wohngruppe Erich-Zeigner-Allee 38** 200,- Euro
- **Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Leipzig/Nordsachsen** 100,- Euro
- **Ökumenisches Wohnprojekt Leipzig e.V.** 200,- Euro
- **Gartenverein Lerchenhain** 200,- Euro
- **Filmkollektiv Le-Je** 200,- Euro
- **Erich-Zeigner-Haus e.V.** 500,- Euro

Ihr benötigt Geld für euer Projekt?
Wenden Sie sich gern mit einem formlosen Antrag, Kontakt- sowie Kontaktdaten an:
linksfraktion@leipzig.de

Unterwegs



Oben: **Zu Besuch beim Heizkraftwerk Süd**

Als erstes Kraftwerk in Deutschland ist das HKW Süd der Leipziger Stadtwerke voll Wasserstoff-fähig. Allerdings wird das 2023 eröffnete Kraftwerk aktuell noch bis ca. 2025 mit Erdgas betrieben.

Rechts: **Richtfest Schwimmhalle Ost**

Am Rabet entsteht eine neue Schwimmhalle für den Leipziger Osten. Als Fraktion kämpfen wir schon lange für eine Erweiterung des Angebots. Hier passiert nun der erste wichtige Schritt!



Impressum

Herausgeberin:
Fraktion Die Linke
im Leipziger Stadtrat

Geschäftsstelle Neues Rathaus
Zimmer 186
04092 Leipzig

Geschäftsführer: Enrico Stange

Telefon (0341) 123-2150
Fax (0341) 123-2155
Mail linksfraktion@leipzig.de
www.linksfraktion-leipzig.de

V.i.S.d.P. Sören Pellmann
Redaktionsschluss 01.11.2023
Bildnachweis Birthe Kleemann,
William Rambow, pixabay
Gestaltung William Rambow

Die Linke

Fraktion im
Leipziger Stadtrat